

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Vom Gewerkschaftskongress in Nürnberg.	306	Lohnbewegungen und Streiks. Ablauf der Tarif-	
Arbeiterbewegung. Zum Kongress der Bekleidungs-		gemeinschaft in der Weißglasindustrie.	311
und Instandsetzungsämter Deutschlands.	308	Arbeitsgemeinschaften. Arbeitsgemeinschaft in der	
Kongresse. Konferenz der Vertreter der Verbands-		Nahrungs- und Genussmittelindustrie.	312
vorstände in Nürnberg. — 1. Sitzung des Aus-		Mitteilungen. Unterstützungsbewegung.	312
schusses des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes	310		

Vom Gewerkschaftskongress in Nürnberg.

Im großen Saale des Industrie- und Kulturvereins in Nürnberg begann der Zehnte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands am 30. Juni seine Verhandlungen. Legien eröffnete den Kongress mit einer Ansprache, in der er der Millionen Opfer des Weltkrieges mit Worten warmer Teilnahme gedachte. Die Kongress Teilnehmer hörten diese Ausführungen stehenden Fußes an. Nach Begrüßung der erschienenen in- und ausländischen Gäste wünschte der Redner den Verhandlungen einen sachlichen Verlauf, getragen von dem Bewußtsein, für das Wohl der Arbeiterklasse zu wirken. Namens der Nürnberger Gewerkschaften und Arbeiterschaft begrüßte Genosse Wahl den Gewerkschaftskongress. Im Auftrage der bayerischen Regierung, besonders des Sozialfürsorgeamtes, sprach Genosse Gasteiger, namens der Stadtverwaltung der Stadt Nürnberg Dr. Hennerich dem Kongress ihre Grüße aus. Bei der Bureauwahl des Kongresses erhob die Opposition, die auf dem Boden des Räteystems stehenden Kongress Teilnehmer, den Anspruch auf Vertretung im Bureau durch 1 Vorsitzenden, 3 Schriftführer und 7 Mitglieder der Mandatsprüfungskommission. Man einigte sich, der Opposition 3 von 11 Schriftführern und 6 von 15 Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission zu überlassen. Die Vertreter der Landescentralen Schwedens und Dänemarks teilten mit, daß sie außerstande seien, dem Kongress beizuwohnen. Vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund waren die Genossen Dürr und Greulich und Genossin Hüni, von der Gewerkschaftskommission Oesterreichs die Genossen Domez, Grünwald und Supper, von der norwegischen Landesorganisation Karoe, von dem niederländischen Gewerkschaftsverband Kupers, von dem Centralverband deutscher Konsumvereine die Genossen Kaufmann-Hamburg und Hammerbacher-Erlangen, von der „Volksfürsorge“ Lesche-Hamburg anwesend. Es folgten die Ansprachen der Gäste aus Norwegen, den Niederlanden, der Schweiz und Oesterreich. Der norwegische Genosse Karoe betonte die enge Freundschaft, die seine Landesorganisation mit den deutschen Gewerkschaften verbinde.

Der holländische Genosse Kupers gab der Hoffnung Ausdruck, daß die deutschen Gewerkschaften auch künftig in der Arbeiter-Internationale den gebührenden Platz einnehmen werden. Genosse Greulich erinnerte an den ersten Nürnberger Arbeitervereinstag 1868, von dem die moderne Gewerkschaftsbewegung ihren Anfang nahm, und appellierte an die Einigkeit der Arbeiterklasse in den weiteren Kämpfen für den Sozialismus, sowie vor allem auf gewerkschaftlichem Gebiete. Genosse Dürr berichtete über die Entwicklung der schweizerischen Gewerkschaften und Genosse Grünwald über die österreichischen Gewerkschaften, wobei er die Erwartung bekundete, daß die letzteren in Wälde mit den deutschen Gewerkschaften eine einheitliche Kampfesfront bilden werde. Genosse Kaufmann sprach namens des Centralverbandes deutscher Konsumvereine für eine fernere gemeinsame Arbeit mit den Gewerkschaften, Genosse Lesche überbrachte die Grüße der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft „Volksfürsorge“. Der Vorsitzende Leipart dankte den Gästen und besonders den ausländischen Vertretern und versicherte sie der unverbrüchlichen internationalen brüderlichen Gefühle der deutschen Gewerkschaften.

Die Geschäftsordnung und Tagesordnung des Kongresses wurden angenommen. Der Opposition wurde zum Rechenschaftsbericht der Generalkommission ein Vertreter mit der gleichen Redezeit, wie die des Berichterstatters zugestanden, ebenso je ein Korreferent für die Fragen der Aufgaben der Betriebsräte und der Arbeitsgemeinschaft, sowie für die Fragen der Sozialisierung der Industrie und der Landwirtschaft.

Sodann erstattete Legien den Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Er verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht, der leider infolge des Berliner Buchdruckhilfsarbeiterstreiks nicht rechtzeitig fertiggedruckt werden und zum Versand kommen konnte. In wirkungsvollen Worten erbrachte der Redner den Nachweis, daß die sogenannte Kriegspolitik der Generalkommission und der Verbandsvorstände von Anfang des Krieges entschieden auf die Sicherung der Gewerkschaften und auf die Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse gerichtet war. Gewiß standen die Gewerkschaftsleitungen auf dem Boden der

Landesverteidigung, aber das ganze Volk trat damals für die Landesverteidigung ein, und es war eine Pflicht der Arbeiterklasse, zu verhindern, daß das eigene Land von Krieg verwüestet wurde. Aber die Gewerkschaften nahmen erst Stellung zum Krieg, als für den Versuch der Parteispaltung in den Gewerkschaften Propaganda gemacht wurde. Von politischen Gründen sei auch später und heute die ganze Opposition gegen die Gewerkschaftspolitik geleitet. Das beweisen die beschämenden Maßregelungen von Gewerkschaftsführern wegen ihrer Nichtzugehörigkeit zur Unabhängigen Sozialdemokratie oder kommunistischen Partei, und die Sonderkonferenz der Opposition auf diesem Kongreß, zu der von der „Freiheit“ vorher öffentlich eingeladen wurde. Gegen diese Zerstückung der Arbeiterbewegung wende sich die Generalkommission mit aller Entschiedenheit, und sie könne für sich in Anspruch nehmen, von Anfang bis Ende des Krieges stets das Interesse der Arbeiterklasse gewahrt zu haben.

Der Redner der Opposition, D i s m a n n - Frankfurt a. M., erklärte, daß die Kriegspolitik der Generalkommission, die auch der Partei den Stempel aufgedrückt habe, bekämpft werden müsse. Diese Politik sei mitschuldig an dem Unglück des Krieges. Diese Kriegspolitik, die der Redner an einer Reihe einzelner Sätze aus dem „Correspondenzblatt“ der Generalkommission nachzuweisen sucht, habe ihre Fortsetzung auch nach der Revolution gefunden. Die Opposition verlange eine andere grundsätzliche Politik nach der Auffassung, daß die Gewerkschaften dem revolutionären Sozialismus als Instrument dienen sollen. Der Redner verteidigte auch die Maßregelung von Gewerkschaftsbeamten mit der Begründung, daß es der freien Entschliekung jeder Organisation überlassen bleiben müsse, wem sie ihr Vertrauen schenke. Der Generalkommission könne er kein Vertrauensvotum erteilen. Es müsse vielmehr dafür gesorgt werden, daß an Stelle des alten Geistes der revolutionäre Geist zurückkehre.

Die Debatte über den Rechenschaftsbericht nahm den zweiten Kongreßtag völlig in Anspruch. Von der Opposition sprachen R. Müller-Berlin, Lott-Berlin, Siegle-Berlin, Schuhmacher-Berlin, Schliesfeldt-Remscheid, Lange-Berlin, Simon-Mürnberg und andere. Für die Generalkommission traten Breh-Cannover, Umbreit-Berlin, R. Schmidt-Berlin, Brummer-Berlin, Siebel-Berlin, Ehrler und Thomas-Frankfurt a. M., Jansson-Berlin, Kloth-Berlin und weitere Redner ein. Das Schlusswort des Oppositionsredners brachte keine weitere Vertiefung der Auseinandersetzung, während Legien in seinem Schlusswort die gesamte Gewerkschaftsarbeit den politischen Treiberinnen der Opposition gegenüberstellte.

In namentlicher Abstimmung wurde eine Resolution, die der Generalkommission das Vertrauen des Kongresses ausdrückt, von 445 Delegierten mit 3 307 335 Stimmen gegen 179 Delegierte mit 1 483 779 Stimmen angenommen.

Der Kongreß beschloß dann gegen eine Stimme eine Kundgebung gegen den Erlaß des Reichswehrministers, der einem Teil der Eisenbahner das Koalitionsrecht entzieht. Der Kongreß lehnte jede Gemeinschaft mit den von unverantwortlichen Kreisen hervorgerufenen wilden Eisenbahnerstreiks ab, erhob aber gleichwohl Einspruch gegen jede, auch nur vorübergehende Beseitigung des Streikrechts. Er richtete jedoch an die Eisenbahner und an die übrige Arbeiterschaft den dringenden Appell, ihre Interessen nur im Rahmen der gewerkschaftlichen Organi-

sation zu vertreten und wilde Streiks zu unterlassen.

Ferner nahm der Kongreß einen Protest gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes an. In einer weiteren Entschliekung sprach sich der Kongreß angesichts der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei, die auch die Einheit der Gewerkschaften gefährdet, für die Neutralität der Gewerkschaften aus, erklärte aber, daß die Gewerkschaften nach wie vor der Brennpunkt der Klassenbestrebungen des Proletariats seien und den Kampf für den Sozialismus zum Siege verhelfen müssen.

Gegenüber den neuen wilden Eisenbahnerstreiks in Berlin gab der Leiter des Eisenbahnerverbandes die Erklärung ab, daß der Verband diesen wilden Streiks gänzlich fernsteht.

Ueber die Organisation der Arbeiterinnen referierte Gertrud Hanna-Berlin. Sie hob das starke Anwachsen der Frauenarbeit während des Krieges hervor und behandelte die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen und für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterinnen. Sie trat für die Heranziehung organisierter Frauen zur tätigen Mitarbeit in den Gewerkschaften und für eine dem Wert ihrer Leistungen entsprechende Bezahlung der Frauenarbeit ein. Eine Resolution der Referentin sowie zwei ergänzende Anträge wurden angenommen.

Die Richtlinien über die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften vertrat Leipart in einem überaus wirkungsvollen Referat. Er wies nach, daß die Gewerkschaften sich durchaus nicht bei der Revolution haben ausschalten lassen. Das bezeugen die großen wirtschaftlichen Errungenschaften, die ihnen von den gesamten Unternehmerverbänden zugestanden werden mußten. Der Redner erläuterte die von der Vorstandskonferenz dem Kongreß unterbreiteten Richtlinien, insbesondere deren Bestimmungen über Betriebs- und Arbeiterräte und deren Aufgaben. Die Gewerkschaften stehen auf dem Boden des Sozialismus und wollen die Sozialisierung durchführen helfen. Die Gewerkschaften sind auch bei der Sozialisierung nicht zu entbehren. Ihre Kollektivverträge, ihre Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen sind die besten Vorarbeiten dafür. Aber noch weitere Kämpfen stehen uns bevor. Die Arbeiterräte bedürfen zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Hilfe der Gewerkschaften. Dazu müssen die Gewerkschaften gestärkt werden. Die Durchsetzung unserer Ziele muß die gemeinsame Aufgabe der Betriebsräte und der Gewerkschaften sein.

Der Korreferent, R i c h. M ü l l e r - Berlin, propagierte gegenüber den Richtlinien der Generalkommission die Einführung des Räteystems. Es gelte, den Sozialismus zu verwirklichen. Das Räteystem sei dazu notwendig. Es sei allerdings nicht sofort in voller Form durchführbar, sondern es müsse ein Uebergangsstadium geben. Die Betriebs- und Arbeiterräte der Richtlinien genügten nicht. Im weiteren beschäftigte sich der Redner mit den Arbeitsgemeinschaften, die er als Schutzwehr der Kapitalisten bekämpfte. Er verlangte von der Generalkommission eine Darlegung ihres Wirtschaftsprogramms und unterstellte ihr die Uebereinstimmung mit dem des Reichswirtschaftsamtes und mit dem von letzteren beabsichtigten Gesetz für einen Arbeitsfrieden. Der Redner unterbreitete dem Kongreß eigene Richtlinien über das Räteystem.

Es folgte dann sogleich das Referat C o h e n s über die Arbeitsgemeinschaft der in-

dustriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. Der Redner erklärte einleitend, daß mit der Arbeitsgemeinschaft die Anerkennung der vollständigen Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Arbeitgebern verwirklicht werde. Er erläuterte deren Aufbau an einer großen graphischen Darstellung und weist nach, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften durch die Arbeitsgemeinschaften nicht eingeschränkt werde. Das Räteystem könne dieselben nicht ersetzen. Das Wirtschaftsleben lasse sich nicht durch Beiseiteschieben der Unternehmer weiterführen. Das Räteystem sei keine Frage des Prinzips, sondern nur der Zweckmäßigkeit. Der Korreferent Müller brachte nochmals in einstündiger Rede seine Abneigung gegen die Arbeitsgemeinschaft zum Ausdruck und begründete eigene Vorschläge für Wirtschaftsräte, in denen Arbeiter, Angestellte und Intellektuelle, aber keine Unternehmer vertreten sein sollen.

In der Diskussion der beiden Punkte wies Janssen-Berlin nachdrücklich die Behauptung Müllers, betreffend den Gesetzentwurf über Arbeitsfrieden, zurück. Diese Behauptung, die von der „Freiheit“ ausging, sei bereits dementiert, und das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission habe ebenfalls die Zustimmung der Gewerkschaften zu einem solchen Gesetz scharf abgelehnt. Der Redner zeigte weiter aus den Wirtschaftszuständen in Rußland die zerrüttenden Wirkungen des Räteystems. In ihren Schlussworten setzten sich die beiden Referenten nochmals gehörig mit den Anhängern des Räteystems auseinander.

Die Abstimmung über die Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften ergab die Annahme der Vorlage der Vorstandskonferenz mit großer Mehrheit. Ueber die Bestimmungen betr. die Betriebsräte und über die Resolution betr. die Arbeitsgemeinschaft wurde namentlich abgestimmt. Die ersteren Bestimmungen wurden von 407 Delegierten gegen 192 Delegierte, die letztere Resolution von 420 Delegierten gegen 181 Delegierte angenommen. Weiter wurde in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, daß der Vorentwurf des Reichsarbeitsamts über Betriebsräte in wichtigen Teilen nicht allen Erwartungen entspreche, und daß das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Arbeiterangelegenheiten zu verlangen sei. Ein Antrag der Verbände der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten, betr. Zulassungsbedingungen zur paritätischen Arbeitsgemeinschaft, wurde dem künftigen Bundesvorstand überwiesen.

Der dem Kongreß vorgelegte Satzungsentwurf für den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund wurde von Lh. Leipart eingehend begründet. Danach wird die Generalkommission in einem Bundesvorstand und die Konferenz der Verbandsvorstände in einen Bundesauschuß umgewandelt. Der Bundesvorstand besteht aus 15 Mitgliedern, von denen 7 besoldet werden (der erste Vorsitzende, zwei stellvertretende Vorsitzende, der erste Redakteur, der Kassierer und zwei Sekretäre). Der Ausschuß wird aus je einem Vorstandsbereiter jeder angeschlossenen Gewerkschaft gebildet. Der Beitrag für den Bund soll 5 Pf. pro Mitglied und Vierteljahr betragen. Es lagen eine große Reihe von Abänderungsanträgen vor, die teils von der Opposition, teils von Anhängern der Betriebsorganisation gestellt waren. Nach deren Begründung wurden die gesamten Anträge an eine Kommission überwiesen. Die Kommission schlug vor,

die Anträge betr. Betriebsorganisation abzulehnen, ohne daß hierdurch die bestehenden Organisationen der Eisenbahner und Gemeindearbeiter berührt werden sollen. Sie empfahl ferner, daß auf je 10 000 Mitglieder ein Delegierter zum Gewerkschaftskongreß zu wählen sei. Die Anträge der Opposition seien aus sachlichen Gründen unannehmbar. Einige andere Anträge seien dem Bundesauschuß als Material zu überweisen. Ferner gab die Kommission einige Anregungen hinsichtlich der Schaffung eines Normalstatuts für die Ortsauschüsse und stärkerer Berücksichtigung weiblicher Mitglieder bei Delegiertenwahlen. In der Abstimmung wurde den Vorschlägen der Kommission entsprechend beschlossen.

Für die Fragen der Sozialisierung lagen dem Kongreß zwei Referate vor. Ueber die Sozialisierung der Industrie referierte Paul Umbreit-Berlin. Als Korreferenten wurde seitens der Opposition Dr. Silberding (U. S. P. D.) gestellt. Der Referent Umbreit erklärte es als eine historische Pflicht der Arbeiterklasse, die Sozialisierung durchzuführen. Die Revolution habe der Arbeiterklasse die politische Macht gebracht, die diese zur Einführung der Demokratie benutzte. Dabei kann es aber sein Bewenden nicht haben. Der Demokratie muß die Sozialisierung folgen. Der Redner erörtert die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach dem Kriege, die der Sozialisierung ungeheure Schwierigkeiten entgegenstelle. Trotzdem sei die Sozialisierung notwendig und die Arbeiterklasse entschlossen, für deren Durchführung zu wirken, nicht nur für Deutschland, sondern in allen Ländern. Sodann ging der Referent auf die Fragen der Verwirklichung des Sozialismus ein. Er behandelte das Wesen und die verschiedenen Formen der Sozialisierung sowie die Uebergangsmassnahmen, insbesondere das Genossenschaftswesen. Weiter untersuchte der Redner die Möglichkeiten der Sozialisierung in der Rohstoff-, Halbzeug- und Fertigwaren-Industrie, im Handel und Transportversicherungswesen und sonstigen Erwerbszweigen. Er behandelte ferner die einzelnen Stadien der Sozialisierung, die Produktionsregelung, Produktionssteigerung, Lohn- und Preisregelung, Marktregelung, Gewinnverteilung und schließlich die Enteignung. Am Schlusse seiner Ausführungen legte der Redner die Pflichten der Arbeiterklasse und die Notwendigkeit der sozialistischen Erziehung und der Neugestaltung des gewerblichen Bildungswesens dar. Er schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß der Weg zur Sozialisierung lang sei, aber das Ziel werde erreicht durch Organisation, Selbsterziehung und Arbeit. Erst die Demokratie, erst der Wiederaufbau der Volkswirtschaft, erst die Organisation der Arbeiter, erst die Selbsterziehung führe uns zum Sozialismus.

Der Korreferent Dr. Silberding-Berlin stimmte in allen wesentlichen Punkten mit dem Referenten überein. Seine Ausführungen ergänzten das erste Referat in wirkungsvoller Weise. Im besonderen wandte sich der Korreferent gegen die Massnahmen des Reichswirtschaftsamts sowie gegen dessen Denkschrift betreffend die Einführung einer Planwirtschaft. Er bezeichnete diese Planwirtschaft als eine Massnahme, die nicht der Vorbereitung der Sozialisierung, sondern der Befestigung der Privatwirtschaft diene. Der Redner schloß seinen Vortrag mit der Betonung, daß der Sozialismus keine Lohnfrage oder Messer- und Gabelfrage sei, sondern eine Frage der Arbeit und Erziehung.

Der seitens der Anhänger der Kommunistischen Partei vorgelegene Redner Deder-Chemnitz hatte

den Kongreß bereits verlassen und der vierte Referent Georg Schmidt-Berlin, der die landwirtschaftliche Produktion und Ansiedlung behandeln wollte, verzichtete auf das mündliche Referat.

Eine Debatte über die beiden vorliegenden Referate fand nicht statt. Von den Rednern waren keine Resolutionen vorgelegt. Einige Anträge, die zu diesem Punkte gestellt waren, und die staatliche Nebenahme und sozialistische Umgestaltung der Bekleidungs- und Instandsetzungsämter sowie beschleunigte Maßnahmen zur Bekämpfung der Heimarbeit und die Ueberleitung der Heimarbeitersproduktion in Betriebswerkstätten fordern, wurden angenommen.

Sodann stimmte der Kongreß der Einrichtung gewerkschaftlicher Bezirksunterrichtskurse und der Weiterführung der Centralkurse zu.

Zur Regelung des Lehrlingswesens lagen eine Reihe von Vorschlägen vor, die auf Grund eingehender Erhebungen aufgestellt worden sind. Sie wurden von Sassenbach-Berlin in Kürze begründet. Die von ihm unterbreiteten Leitsätze wurden mit einigen grundsätzlichen und praktischen Ergänzungen angenommen.

Für den Punkt „Krieg und Volkskrankheiten“ waren zwei Referate vorgelesen. Infolge der Stilllegung des Eisenbahnverkehrs im Frankfurter Bezirk konnte der eine Referent, Dr. David Rothschild-Frankfurt a. M., den Kongreß nicht erreichen. Infolge der vorgerückten Zeit verzichtete auch der zweite Redner, H. Müller-Berlin, auf sein Referat über den Ausbau der Sozialversicherung. Die von der Konferenz der Arbeitersekretäre zu diesem Punkte angenommenen Anträge, sowie ein Antrag der gleichen Konferenz über Vertikalisierung und Kommunalisierung der Sekretariate und ein Antrag aus dem Kongreß, betr. Neugestaltung der sozialen Fürsorge, wurden dem Bundesvorstand überwiesen.

Die Wahlen für den neuen Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hatten folgendes Ergebnis: Auf nachstehende gewählte Genossen entfielen 327 bis 434 Stimmen:

1. Vorsitzender: C. Legien, Holzarbeiter; Stellvertreter: P. Graßmann, Buchdrucker; Stellvertreter: A. Cohen, Metallarbeiter; Kassierer: H. Kube, Zimmerer; 1. Redakteur: P. Umbreit, Holzarbeiter; Sekretär: A. Anoll, Steinseker; Sekretär: H. Vöfler, Bergarbeiter; Beisitzer: C. Badert, Brauereiarbeiter, L. Brunner, Eisenbahner, C. Bruns, Fabrikarbeiter, C. Giebel, Bureauangestellte, G. Sabath, Schneider, J. Sassenbach, Sattler, G. Schmidt, Landarbeiter, G. Silberschmidt, Bauarbeiter.

Auf eine seitens der Opposition aufgestellte Vorschlagsliste kamen nur 159 bis 168 Stimmen. Ferner wurden eine Reihe verschiedener Anträge zur Lebensmittelfrage, Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenunterstützung, Steuerfreiheit der Gewerkschaften, gesetzliche Arbeitsruhe am 1. Mai und Lohnentschädigung bei Betriebsstörungen teils angenommen, teils dem Bundesvorstand überwiesen. Angenommen wurden ferner eine Protesterklärung gegen die Drangsalierung der organisierten Arbeiterschaft in den besetzten Gebieten sowie ein Antrag, kapitalistische Interessen beim Wiederaufbau der besetzten Gebiete auszuschließen, und eine weitere Erklärung gegen den wirtschaftlichen Boykott von Angehörigen der Reichswehr-Freiwilligenverbände. Der Kongreß nahm ferner mit Protest Kenntnis von einem

Brigadebefehl der Brigade v. Lettow, der auf die Niederwerfung von Streiks mit Waffengewalt gerichtet war. Ein Antrag der Bergarbeiter, betr. Schaffung eines Strafgesetzes gegen Arbeitgeber, die Arbeiter in Arbeit nehmen, die bereits in ständiger Berufsarbeit stehen, wurde dem Bundesausschuß überwiesen. Nach Erledigung einiger weiterer Anträge war die Tagesordnung des Kongresses erschöpft.

Domes-Wien dankt im Namen der ausländischen Delegierten für die gebotene Gelegenheit, an diesem bedeutungsvollsten Kongreß der deutschen Gewerkschaften teilzunehmen. Wir waren, sagt Redner, bei den heftigen Debatten besorgt, daß eine Spaltung eintreten könne. Aber freudigen Herzens können sie feststellen, daß dieses Unglück, das ein Unglück für die Arbeiterklasse der ganzen Welt gewesen wäre, nicht eingetreten ist. Die Einigkeit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften wird die Arbeiterklasse der ganzen Welt anspornen, gegen den Gewaltfrieden in Versailles vorzugehen. Die Oesterreicher fordern für sich das Recht, sich mit dem Deutschen Reich zu vereinigen, und er hege den Wunsch, daß einmal der deutsche Gewerkschaftskongreß in der Stadt Wien tagen wird. (Stürmischer Beifall!)

Reichel dankt den ausländischen Gästen für ihre Teilnahme am Kongreß sowie dem Lokalkomitee für die freundliche Aufnahme in Nürnberg. Er feiert die Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung, die erhalten bleiben müsse. Dieser Gedanke habe den Kongreß beherrscht, in diesem Punkte besteht auf dem Kongreß keine Meinungsverschiedenheit. Wir werden gewiß nicht volle Einigkeit in allen Fragen sobald erreichen, weil die grundsätzliche Auffassung vielfach sehr weit auseinander geht. Aber wir wollen versuchen, uns bei der Austragung der Meinungsverschiedenheiten besser zu verstehen und uns weniger verbitternder Formen befleißigen. Damit wäre viel erreicht. Das Reich der Freiheit beginne erst mit der Beseitigung der Ausbeutung und der Klassenherrschaft.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die deutschen Gewerkschaften wurde die Tagung geschlossen.

Arbeiterbewegung.

Zum Kongreß der Bekleidungs- und Instandsetzungsämter Deutschlands.

Der Artikel in Nr. 23 des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission nötigt uns zu einigen Feststellungen.

1. Es ist unwahr, daß auf den Bekleidungsämtern nichts erreicht worden ist; wahr ist vielmehr, daß durch die Tätigkeit des Fünferausschusses auf den Ämtern vorbildliche Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen worden sind. Darum auch der stille und unablässige Kampf des ganzen Unternehmertums gegen die Bekleidungsämter.

2. Es ist unwahr, daß der Fünferausschuß gewerkschaftsfeindlich war. Wahr ist, daß zum 1. Kongreß im Januar die Gewerkschaften eingeladen worden sind und daß Vertreter der Gewerkschaften auch erschienen sind. Vom Schneiderverband der Hauptvorstehende Strümpfer, von der Filiale Berlin, der Schriftführer Eder.

Wenn auf den Ämtern nicht alles, insbesondere die Sozialisierung durchgeführt werden konnte, so

trägt neben der Regierung und den Unternehmern auch der Hauptvorstand des Schneiderverbandes sein gerütteltes Maß von Schuld daran. Bei allen Anträgen der Bekleidungsämter, der Filiale Berlin des Schneiderverbandes auf Ausgestaltung der Aemter durch Anfertigung von Konfektion und Wäsche wurde stets die kalte Schulter gezeigt. Die Filiale Berlin hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die Aemter bei dem verminderten Bedarf der Heresverwaltung nur durch Einführung neuer Betriebszweige gehalten werden können. Wir haben darin nie Unterstützung gefunden.

3. Der Fünferausschuß hat von seinen Eingaben die Gewerkschaften nicht unterrichtet. Dazu stellen wir fest, daß von sämtlichen Resolutionen, die von wesentlicher Bedeutung waren, dem Hauptvorstand des Schneiderverbandes Kenntnis gegeben wurde. Wir stellen aber weiter fest, daß der Hauptvorstand von seinen Eingaben dem Fünferausschuß keinerlei Kenntnis gegeben hat, nur gelegentlich erfuhr der Fünferausschuß etwas von den Schritten, die der Hauptvorstand unternommen hatte.

4. Es ist uns wohl bekannt, daß dem Hauptvorstande des Schneiderverbandes die Tätigkeit des Fünferausschusses nicht angenehm war, da dieser politisch der verhassten Unabhängigen Partei angehört und den Glauben hatte, daß auch die Bekleidungsämter sozialisiert werden können und sozialisiert werden müssen.

5. Es war das gute Recht des Kongresses, einen der Vertreter des Bekleidungsamtes Spandau aus dem Saale zu weisen, da dieser mit Hilfe der Regierung auf seinen Kosten gesetzt wurde und daher das Vertrauen der Arbeiterschaft nicht besitzt. Die Wahl selbst bestätigt das. Von 2300 Beschäftigten erhielt er ganze 167 Stimmen. Der zweite Vertreter von Spandau hat übrigens die Auffassung des Kongresses ausdrücklich als richtig anerkannt.

6. Es ist unwar, daß die angenommenen Resolutionen einander widersprechen. In der zweiten Resolution ist die Frage der Kommunalisierung überhaupt nicht mehr berührt. Es können also sehr wohl die Aemter kommunalisiert werden. Die Hauptsache ist, daß in der Angelegenheit irgend etwas geschieht.

7. Auch wir haben den Standpunkt immer vertreten, daß die Aemter und Gewerkschaften zusammenarbeiten müssen. Das setzt allerdings voraus, daß die Gewerkschaften es ernst mit der Sozialisierung nehmen. Die seitherigen Erfahrungen beweisen bis jetzt das Gegenteil. Es wird an der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft liegen, daß hier die unter allen Umständen notwendige Aenderung auf dem schnellsten Wege Platz greift.

Filiale Berlin des Schneiderverbandes.

Wilhelm Schumacher.*)

Dazu schreibt uns unser Berichterstatter:

Zu den „Feststellungen“, die der Bevollmächtigte der Berliner Schneider für den Fünferausschuß macht, möchte ich kurz erwähnen:

*) Das obige Eingeladene wird im „Corr.-Blatt“ nur aufgenommen, damit Leute wie Schumacher nicht behaupten können, „mundtot“ gemacht zu werden. Sächlich ist der Anspruch auf Raum im „Corr.-Blatt“ für dieses Eingeladene durchaus unberechtigt. Das geht auch aus den Antworten unseres Berichterstatters sowie des Genossen Stühmer, des Vorsitzenden des Verbandes der Schneider, hervor, die wir ebenfalls zum Abdruck bringen. Damit ist diese Angelegenheit für uns erledigt und die Diskussion geschlossen.
Die Redaktion.

1. Das Bekenntnis: „es ist nichts erreicht“ hat der Berichterstatter des Fünferausschusses abgelegt.

2. Schumacher setzt sich hierüber am besten mit seinem Centralvorsitzenden, dem Genossen Stühmer, auseinander.

3. Ganz wie unter 2.

4. Desgleichen.

5. Etwas mehr Logik! Ist der aus dem Saal gewiesene Vertreter des Amtes Spandau mit 167 Stimmen gewählt oder von der Regierung eingesetzt? Eines kann doch nur stimmen. Der zweite Vertreter aus Spandau stimmte ein dieses Loblied auf den Fünferausschuß an und durfte deshalb bleiben. Zur Sache hat er nicht gesprochen.

6. Schumacher irrt sich.

7. Der Absatz soll doch wohl sagen, daß die Aemter, d. h. der unverantwortliche Ausschuß mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten will, wenn diese nach der Pfeife des Ausschusses tanzen wollen. Für einen „Gewerkschaftsführer“ ein etwas seltsames Geständnis.

Im Ganzen: Schumacher war ein sehr unachtsamer Kongreßbesucher, sonst hätten ihm meine tatsächlichen Feststellungen nicht entgehen können.

Carl Lindow.

Vom Vorsitzenden des Verbandes der Schneider, Genossen Stühmer, erhalten wir folgende Zeilen:

Infolge der Aufforderung der Redaktion des „Correspondenzblatt“, mich zu der vorstehenden Berichtigung zu äußern, habe ich darauf folgendes zu erwidern:

1. Ich bin nicht Einsender des betreffenden Artikels im „Correspondenzblatt“ und habe denselben auch nicht veranlaßt.

2. Ich habe auf der Konferenz der Delegierten der Bekleidungsämter nicht behauptet, daß nach der Revolution auf den Bekleidungsämtern bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen nichts erreicht worden sei. Aber diese Verbesserungen sind durch die Arbeiter- und Soldatenräte schon vor Einsetzung der Fünferkommission erzielt worden, also nicht auf Konto der letzteren zu setzen. Dagegen hat die Fünferkommission die ihr gestellten Aufgaben nicht erfüllen können, weil sie von der Regierung nicht anerkannt wurde.

3. Daß die Fünferkommission gewerkschaftsfeindlich war, habe ich nicht behauptet, wohl aber, daß die erste Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte der Bekleidungsämter den Gewerkschaften nichts weniger als freundlich gegenüberstand.

Ebenso stimmt es auch nicht, daß unser Vorstand zu der ersten Konferenz eingeladen war, sondern wir hatten auf Umwegen davon erfahren, ich bin dann hingegangen und als Gast zugelassen worden.

4. Als dann später die Vertreter der Fünferkommission unsere Mitwirkung und Unterstützung nachsuchten, habe ich dieselbe bereitwilligst zugesagt und auch weitere Schritte unternommen, die zur Erhaltung der Bekleidungsämter notwendig waren.

5. Ich bin auch nicht gegen den weiteren Ausbau der Bekleidungsämter, jedoch muß uns zu nächst daran gelegen sein, daß dieselben erhalten bleiben, um den weiteren Ausbau später vornehmen zu können. Zunächst müssen die Widerstände, die innerhalb der Regierung gegen die Erhaltung der Aemter bestehen, gebrochen werden, was am besten durch den geforderten Beweis ihrer Rentabilität geschehen kann.

6. Wichtig ist, daß ich die Fünferkommission von den Eingaben unseres Verbandes nicht unterrichtet

verbleiben. Die Generalkommission war sofort bereit zu einer solchen Erklärung, die näherer Formulierung bedürfe. Die Konferenz stimmte dieser Erledigung des Streitfalles zu, wobei Genosse Leipart für künftige Schiedsgerichte eine gründliche Untersuchung der strittigen Berufsfragen durch die Schiedsrichter an Ort und Stelle wünschte.

Eine zweite Sitzung der Vorstandskonferenz am 2. Juli beschäftigte sich mit der Haltung der „Oswiata“, dem Gewerkschaftsblatt für die polnisch sprechenden Arbeiter. Der Redakteur dieses Blattes, Casparh, nahm das Recht für sich in Anspruch, in diesem Organ für ein Groß-Polen einzutreten, sofern deutsche Gewerkschaftsvertreter für ein Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland wirken. Die Generalkommission wies diesen Mißbrauch des Gewerkschaftsblattes zurück und verlangte von dem Redakteur unbedingte Neutralität in diesen Fragen. Lehnt er diese Verpflichtung ab, dann wird die Generalkommission die entsprechenden Schritte zur Sicherstellung unseres Gewerkschaftsblattes gegenüber großpolnischem Mißbrauch zu unternehmen haben. Die Vorstandskonferenz erklärte sich mit der Generalkommission völlig einverstanden. Sodann stimmte die Konferenz einer Resolution zu, die dem Gewerkschaftskongreß zur Frage der Reichswehr-Freiwilligenverbände unterbreitet werden soll. Den Wortlaut derselben veröffentlichen wir unter den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses.

Die weiteren Beratungen waren der Förderung der Arbeiten des Kongresses und der Vorbereitung der Wirksamkeit des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes gewidmet.

Eine dritte Sitzung der Verbandsvorstände fand am 4. Juli statt. Es wurde seitens der Generalkommission mitgeteilt, daß mit dem Redakteur der „Oswiata“ über Sicherungsmaßnahmen für die künftige Haltung des Blattes im polnischen Streit verhandelt worden sei. Casparh habe eine befriedigende Erklärung abgegeben. Da die Opposition auf dem Gewerkschaftskongreß eine geschlossene Vorschlagsliste für die Wahlen zum Bundesvorstand eingebracht hat, so hielt es auch die Vorstandskonferenz für angebracht, eine Vorschlagsliste aufzustellen. Nach längerem Meinungsaustausch einigte man sich auf folgende Vorschläge: Erster Vorsitzender: Legien; stellvertretende Vorsitzende: Cohen und Graßmann; erster Redakteur: Umbreit; Kassierer: Ruhe; Sekretäre Knoll und Löffler; Unbesoldete Mitglieder: Siebel, Brunner, Sobath, Sassenbach, Silberschmidt, G. Schmidt und Badert.

1. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Nürnberg, den 6. Juli 1919.

Die Sitzung wurde von Legien eröffnet und zunächst als Revisoren die Genossen Blum, Haß und Urban gewählt. Sodann wurde eingehend die Regelung der Gewerkschaftsverhältnisse in den besetzten östlichen Gebieten beraten.

Auf Antrag des Vorsitzenden des Deutschen Buchbinderverbandes wurde beschlossen, daß Angestellte des Bundesvorstandes künftig politische Mandate nur mit Zustimmung des Bundesausschusses annehmen dürfen.

Für die Regelung der Gehälter der Angestellten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde eine Gehaltskommission eingesetzt, die zugleich die Fragen der Pensionierung und der Vereinigung der bestehenden Unterstützungskassen prüfen und Vorschläge machen soll.

Weiterhin wurde die Einsetzung einer Kommission gewählt, um eine Neuordnung für die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit zu prüfen und geeignete Vorschläge dafür zu machen, die dem Reichsarbeitsministerium zu unterbreiten sind.

Ueber den Erlass eines Auswanderungsgesetzes machte Jansson einige Mitteilungen, die die Berücksichtigung gewerkschaftlicher Forderungen und die Bekämpfung gemeinschädlicher Unternehmungen auf diesem Gebiete betrafen. Es ist ein Reichswanderungsamt eingesetzt und die gewerbsmäßige Stellenvermittlung für das Ausland soll verboten, jede andere Stellenvermittlung und Ausfunftserteilung behördlich konzessioniert werden. Es wurde in der Aussprache hierüber gewünscht, die Ein- und Auswanderungsfragen auf der bevorstehenden internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam zur Erörterung zu bringen. Die deutschen Gewerkschaften sollen auf diese wichtigen Dinge aufmerksam gemacht und zur Uebernahme der Ausfunftserteilung angeregt werden. Auch soll für eine stärkere Vertretung der Gewerkschaften gesorgt werden.

Ferner legte die Redaktion des „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes“ den Gewerkschaftsvorständen eine regelmäßige und aktuelle Berichterstattung nahe.

Es wurde angeregt, die Referate des Gewerkschaftskongresses über die Sozialisierungsfrage im Sonderdruck herauszugeben. Das Bedürfnis hierfür soll durch Rückfrage bei den Verbandsvorständen festgestellt werden.

Lohnbewegungen und Streiks.

Ablauf der Tariftgemeinschaft in der Weißglasindustrie.

Am 7. Juni fand in Jena eine Konferenz der deutschen Weißglasarbeiter statt. Die Konferenz beschäftigte sich mit dem am 30. Juni dieses Jahres stattfindenden Ablauf des Tarifvertrages. Nach reiflicher Aussprache kam die Konferenz zu folgender Stellungnahme: Die Tariftgemeinschaft solle weiter geführt werden unter der Voraussetzung, daß die Unternehmer sich bereit erklären, die Akkordarbeit zu beseitigen und dafür Wochenlöhne einzuführen. Der Beschluß kam aus der Erwägung zustande, daß die Arbeitererschaft in den Glashütten nicht mehr in der Lage ist, infolge der Unterernährung, die schwere Arbeit an den heißen Oefen unter dem alten Akkordsystem weiter zu führen. Die Unternehmer in der Weißglasindustrie haben die Akkordarbeit in einer Weise ausgenützt, daß die Arbeit zur Qual wurde. Den Vertretern, die zu den Verhandlungen mit den Unternehmern delegiert wurden, wurde der strikte Auftrag erteilt, von der Forderung der Beseitigung der Akkordarbeit nicht abzugehen. Um so mehr stand die Konferenz auf diesem Standpunkt, als sie die einzige Möglichkeit sah, auf diese Weise das elende Zwischenmeisterstystem, und damit die Ausbeutung des einen Arbeiters durch den anderen zu beseitigen.

Am 18. Juni tagte dann in Berlin die gemeinsame Konferenz mit den Unternehmern. Vertreter aus allen Gauen Deutschlands, sowohl von der Arbeiterschaft als von den Unternehmern waren anwesend, ebenfalls ein Vertreter des Reichsarbeitsamts. In mehrstündiger Aussprache wurden alle Gründe für und wider die Akkordarbeit besprochen. Die Unternehmer hatten auf den Wunsch der Arbeiter nur ein kategorisches Nein. Die Arbeiter zogen sich dann zur gesonderten Beratung zurück und legten nach ihrer Rückkehr folgende Entschlieung vor:

habe, ebensowenig wie dieselbe uns von ihren Schritten unterrichtete, die sie unternommen hat, um bestimmte Erlasse der Regierung oder des Kriegsministeriums unwirksam zu machen.

7. Der Hauptvorstand des Schneiderverbandes hat niemals Veranlassung zu der Behauptung gegeben, daß ihm die Tätigkeit der Fünferkommission nicht angenehm sei, weil diese der Unabhängigen Partei angehörte. Uns war allerdings bekannt, daß der Vorsitzende der Kommission als Mitglied der Unabhängigen uns in den Berliner Mitgliederversammlungen stets bekämpfte, wobei er die nötige Kameradschaftlichkeit und Kollegialität für ein gemeinschaftliches Zusammenarbeiten vollständig vermissen ließ. Die Parteizugehörigkeit der übrigen Mitglieder des Fünferausschusses, die ihren Wohnort nicht in Berlin haben, ist uns gar nicht bekannt. Der Einsender, Kollege Schumacher, gehörte dem Fünferausschuß gar nicht an.

8. Der vom Kongreß ausgewiesene Vertreter hatte sein Mandat von den zurzeit noch auf dem Kleidungsamt Spandau beschäftigten Arbeitern, ebenso der zweite Vertreter, der nur dort bleiben konnte, weil er seinen Kameraden verleugnete. Hätte dieser Solidarität üben wollen, so mußte er den Kongreß ebenfalls verlassen.

9. Die beiden angenommenen Resolutionen brauchen sich nicht notwendig zu widersprechen, sondern wenn einzelne Gemeinden, wie z. B. Hamburg, beabsichtigen, die an ihrem Orte bestehenden Bekleidungsämter zu kommunalisieren, so würde für die dort beschäftigten Arbeiter die Wirkung dieselbe sein, als wenn sie vom Reich übernommen werden.

10. Wir können zum Schluß nur noch betonen, daß, soweit der Schneiderverband als Gewerkschaft in Betracht kommt, es uns schon ernst ist mit der Sozialisierung der Ämter, die Meinungsverschiedenheit besteht lediglich in den in dieser Beziehung anzuwendenden Mitteln. **H. Stühmer.**

Kongresse.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände in Nürnberg.

Am 28. Juni fand in Nürnberg anlässlich des Gewerkschaftskongresses eine Vorstandskonferenz statt, die sich mit folgenden Verhandlungspunkten beschäftigte: 1. Satzungen des Gewerkschaftsbundes. (Beitragshöhe, Wahl des Vorstandes.) 2. Unterrichtskurse (Bezirks- und Zentralkurse). 3. Tarifverträge in Industriebetrieben, die Arbeiter mehrerer Berufsgruppen beschäftigen. 4. Organisation und Streikrecht der Beamten. 5. Zentralarbeitsgemeinschaft. 6. Verschiedenes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm die Konferenz Stellung zu dem Streikverbot des Reichswehrministers Noske gegen einen Teil der deutschen Eisenbahnen, und beschloß nach längerer Erörterung des Für und Wider gegen eine Stimme folgende Fundgebung:

„Der Reichswehrminister hat am 26. Juni ungeachtet des drohenden Eisenbahnerstreiks eine Verordnung erlassen, die einem Teile der Eisenbahner bis auf weiteres das Streikrecht entzieht.

Der 10. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erkennt an, daß ein Streik der deutschen Eisenbahner gegenwärtig unserem daniederliegenden Wirtschaftsleben unermeßlichen Schaden zufügen und die Leiden der Arbeiterklasse durch Herbeiführung der allgemeinen Perverrüttung verschärfen müßte. Der Kongreß lehnt ebenso wie die zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen der Eisenbahner jede Ge-

meinschaft mit den bereits ausgebrochenen, von unverantwortlichen Kreisen hervorgerufenen wilden Streiks ab.

Gleichwohl erhebt der Gewerkschaftskongreß Einspruch gegen jede, auch nur vorübergehende Beseitigung des Streikrechts der Eisenbahner, das allen Arbeitern und Angestellten Deutschlands als Errungenschaft der Revolution zusteht. Die vorliegende Verordnung ist zudem unzweckmäßig, weil Streiks nicht durch Verbote, sondern nur im Wege der Verständigung mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer zu verhüten sind.

An die Eisenbahner und auch an die gesamte Arbeiterklasse richtet der Gewerkschaftskongreß den dringenden Appell, ihre Interessen nur im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten und in Anbetracht der trostlosen Lage Deutschlands und seiner Arbeiterklasse wilde Streiks zu unterlassen.“

Der Beitrag zum Allgemeinen Gewerkschaftsbund wurde auf 5 Pf. pro Mitglied und Vierteljahr festgesetzt. Der erste Redakteur des „Correspondenzblattes“ gehört dem Bundesvorstand an und wird als solcher auf dem Gewerkschaftskongreß gewählt. Es wurde eine Kommission eingesetzt, um Vorschläge zu den Wahlen des Kongreßbureaus und des Bundesvorstandes zu machen.

Bezüglich der Kosten der Bezirks-Unterrichtskurse wurde beschlossen, daß die Kosten der Lehrkräfte vom Bundesvorstand, die Kosten der Teilnehmer von den beteiligten Orten getragen werden. Der Bundesvorstand wurde ermächtigt, die Central-Unterrichtskurse zu geeigneter Zeit wieder festzusetzen und eine geeignete Form dafür zu wählen.

Die Verhandlungsgegenstände „Organisation und Streikrecht der Beamten“ sowie „Centralarbeitsgemeinschaft“ wurden von der Tagesordnung der Konferenz abgesetzt, ebenso der Punkt: „Tarifverträge in Industriebetrieben mit gemischt-beruflicher Arbeiterklasse“.

Ueber die Konferenz der Arbeitersekretäre berichtete H. Müller. Die Vorstandskonferenz nahm die Beschlüsse derselben zur Kenntnis und schloß sich dem Wunsch nach einer zeitgemäßen Regelung der Leistungen der Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten an.

Im weiteren befaßte sich die Konferenz mit den Gewerkschaftsverhältnissen in den vom Feinde besetzten Gebieten, sowie mit der Regelung der Organisationsverhältnisse in den Diensten der Reichswehr stehenden Gewerkschaftsmitglieder. Man kam zu der Entscheidung, daß diese Regelung jedem Verbandsmitglied gemäß seinen Satzungen überlassen werden müsse. Jedoch war die Konferenz der Meinung, daß ein Ausschluß von Gewerkschaftsmitgliedern wegen ihrer Zugehörigkeit zur Reichswehr nicht erfolgen dürfe.

In dem Grenzstreit zwischen den Verbänden der Fabrikarbeiter und Porzellanarbeiter hat der erstere Verband die Wahl von Schiedsrichtern abgelehnt. Der Vorsitzende des Porzellanarbeiterverbandes beantragte daraufhin, den Fabrikarbeiterverband zur Anerkennung der Ansprüche des Porzellanarbeiterverbandes zu verurteilen und diesen Beschluß durch den Kongreß bestätigen zu lassen. Der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes hielt eine Verständigung noch für möglich, wenn die Generalkommission eine Erklärung dahingehend abgäbe, daß sie nicht daran denke, seinem Verbands wichtige Organisationsgebiete zu entziehen, und wenn seinem Verbands feste Zusicherungen gegeben würden, daß ihm die Arbeiter der Grobkeramik und die Plattenarbeiter